

Polizei entdeckt 250 scharfe Waffen

Fund in der rechten Szene

VON FRIEDEMANN KOHLER

Hannover/Seevetal. Ein großes Arsenal von rund 250 scharfen Schusswaffen hat die Polizei bei einem Mann mit mutmaßlich rechter Gesinnung nahe Hamburg sichergestellt. Bei dem Einsatz in der niedersächsischen Gemeinde Seevetal (Kreis Harburg) seien auch mehrere Tausend Schuss Munition gefunden worden, teilte das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen in Hannover am Sonntag mit. Bei dem Mann werde „aufgrund der Gesamtumstände von einer rechten Gesinnung ausgegangen“. Angaben zu seiner Person wurden nicht gemacht. Die Maßnahmen seien wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Waffen- sowie das Kriegswaffenkontrollgesetz erfolgt.

Bei den Waffen handele es sich um Kurzwaffen, Langwaffen und Kriegswaffen, hieß es. Kurzwaffen sind meist Revolver oder Pistolen, Langwaffen sind Gewehre. Es wurden keine Angaben gemacht, ob der Mann einen Teil dieser Waffen legal besitzt. Auch zur Art der gefundenen Kriegswaffen, die Sicherheitskräften vorbehalten sind, gab es keine Informationen.

Beteiligt an dem Einsatz am Freitagabend waren Beamte der Polizeidirektion Lüneburg und der Abteilung Staatsschutz des LKA Niedersachsen. Angeordnet hatte die Durchsuchung des Amtsgerichts Winsen. „Aufgrund der laufenden Ermittlungen können gegenwärtig keine ergänzenden Angaben zum Sachverhalt gemacht werden“, sagte ein LKA-Sprecherin.

In den vergangenen Monaten und Jahren sind bei Rechten immer wieder Waffen gefunden worden. Im Juli ließ die Staatsanwaltschaft Lüneburg zehn Objekte in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern durchsuchen. Gefunden wurden diverse Waffen, Waffenteile, Munition, elektronische Speichermedien und Tonträger. Gegen sechs Beschuldigte wird wegen Verstößen gegen das Waffengesetz ermittelt. Einige von ihnen gelten als rechtsgesinnt. Dazu zählt nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ auch ein ehemaliger Reservist der Bundeswehr.

In Collm im Norden von Sachsen entdeckte die Polizei im Mai das Waffenversteck eines Soldaten der Eliteeinheit KSK. Dort lagerten zwei Kilogramm professioneller Sprengstoff, mehrere Tausend Stück Gewehr- und Pistolenmunition, Armbrust, Nebelhandgranate sowie Schusswaffen und Waffenteile – darunter auch ein Schalldämpfer.

Corona-Fall in Achimer Schule

Mehrere Klassen in Quarantäne

Achim. Im Gymnasium am Markt in Achim (Gamma) gibt es einen nachgewiesenen Corona-Fall. Eine Lehrerin ist positiv getestet worden, teilte der Schulleiter Dirk Stelling per Email mit. Die Schüler der betroffenen Klassen und Kurse werden an diesem Sonntagvormittag auf eine Infektion getestet. Das Gesundheitsamt Verden nimmt die Abstriche in Achim vor. Ergebnisse sollen nach Angaben des Gesundheitsamtes im Laufe des Montags vorliegen.

Die betroffenen Gamma-Schüler stehen bis einschließlich kommenden Freitag, 18. September, unter Quarantäne. Das gilt auch im Fall eines negativen Tests. Für die übrigen Schüler ist in dieser Woche normaler Unterricht vorgesehen. Allerdings wird auch Geschwisterkindern empfohlen, solange auf den Schulbesuch und weitere Aktivitäten in Gruppen zu verzichten, bis für die direkt betroffenen Kinder und Jugendlichen der Familie ein negatives Testergebnis vorliegt.

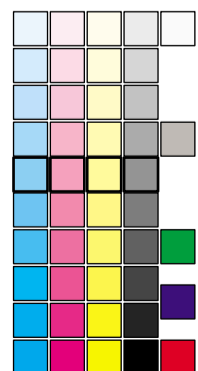
Das Gesundheitsamt hat die Familien am Sonntagabend außerdem darüber informiert, dass sie derzeit weder Besuch empfangen noch selbst jemanden besuchen sollen. Auch innerhalb der Familie sollten Abstandsregeln beachtet werden, rät das Gesundheitsamt – dabei handele es sich jedoch um eine Bitte, wurde betont, nicht um eine Vorschrift. **wk**

REDAKTION NIEDERSACHSEN
Telefon 0421/36 7132 00

Mail: niedersachsen@weser-kurier.de

WESER
KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.



Nicht alle halten sich an Maskenpflicht

Mehr als 1000 Menschen haben am Sonntagabend in Hannover gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen protestiert. Sie beklagten unangemessene Eingriffe in die Grundrechte und staatliche Willkür. An dem Protestzug durch die Innenstadt beteiligten sich nach Polizeiangaben rund 1100 Teilnehmer. Viele von ihnen hielten sich nicht an die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, sodass die Polizei die Demonstration mehrmals unterbrach und an die Maskenpflicht erinnerte, die gerichtlich bestätigt worden war. Reichsflaggen waren nicht zu sehen, stattdessen wurden Regenbogenflaggen gezeigt und Transparente etwa mit dem Slogan „Inzwischen sind mehr Menschen an Corona verblüdet, als gestorben“. Eine private Initiative hatte den Protest unter dem Titel „Walk to freedom“ (Gang zur Freiheit) angemeldet, insgesamt war mit 2000 Teilnehmern gerechnet worden. In der Stadt gab es auch Protestveranstaltungen gegen die Kritik an den Corona-Maßnahmen, etwa von der Linksjugend mit 200 Teilnehmern. Bei einer Kundgebung „Aufstehen gegen Rassismus“ wurden laut Polizei rund 450 Menschen gezählt.

TEXT: DPA/FOTO: DITTRICH/DPA

Rechtsruck in Niedersachsens AfD

Bundestagsabgeordneter Jens Kestner löst Fraktionschefin Dana Guth als Landesvorsitzende ab

VON PETER MLODOCH

Braunschweig. Es war wohl eine Art düstere Vorahnung. „Am Ende sind AfD-Parteitage immer eine Wundertüte“, meinte Niedersachsens bisherige AfD-Landesvorsitzende Dana Guth noch am Sonnabendmorgen in Braunschweig, „Millionen Event Center“. Es sollte flapsig klingen, aber am Abend gab es dann für sie kein Wunder mehr. Nach vier extrem knappen Wahlgängen stand der Northeimer Bundestagsabgeordnete Jens Kestner als Sieger und damit als neuer Parteichef fest. Mit 278 zu 248 schlug der Bestattungsunternehmer die Immobilien-Kauffrau aus Göttingen, die den Landesverband seit zweieinhalb Jahren geführt hatte. Die drei anderen Kandidaten, der Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff sowie die beiden Landtagsabgeordneten Christopher Emden und Stefan Wirtz, spielten in dem spannenden Rennen keine Rolle.

Ohne Masken, aber mit innigen Umarmungen und Abklatschen feierten Kestners Anhänger entgegen aller Corona-Auflagen den Erfolg. Mit diesem rückt Niedersachsens AfD deutlich nach rechts; der Lagerkampf geht unvermindert weiter. Der Bundestagsabgeordnete, dem eine Nähe zum inzwischen aufgelösten nationalistischen „Flügel“ von Thüringens Fraktionschef Björn Höcke nachgesagt wird, hatte in seiner Bewerbungsrede ganz bewusst eine „Richtungsentscheidung“ beschworen.

Der alten Führungsspitze um Guth warf er „Lethargie“ vor, die die Niedersachsen-AfD in die „Stagnation“ bei Mitgliederzahlen und öffentlicher Wahrnehmung geführt habe. Sein Gegenmittel: „Wir müssen auf die Straße, Protestaktionen machen. Wir sind kein Finanz-

amt, das sich nur selbst verwaltet.“ Der 48-jährige wettete gegen die Migrationspolitik, die „verkorste Energiewende, die „Erosion der inneren Sicherheit“ durch Jugendliche, die die Innenstädte verwüsteten.

Und Kestner schimpfte heftig über die Corona-Maßnahmen, die „von oben verordnet werden, um uns zu kontrollieren und so die Macht der Altparteien zu erhalten“. Seine Verortung innerhalb der Partei? „Den Flügel gibt es nicht mehr, also braucht man das auch nicht mehr anzuführen“, meinte er im Gespräch mit dem KURIER am SONNTAG. „Wenn überhaupt: Ich gehöre zu den Patrioten. Wir wollen keine Anbiederung an die Altparteien; wir wollen keine FDP 2.0 werden.“

Vergeblich hatte die als gemäßigt geltende Guth in ihrer Eröffnungsrede die Einheit der Partei beschworen. Die Fraktionschefin im Landtag beklagte „Schlammgeschlachten und Schutzkampagnen“, die im Vorfeld des Parteitage jeder der fünf Kandidaten beschädigt hätten. So grassierten über den Bundestagsabgeordneten Friedhoff Gerüchte über

eine SPD-Vergangenheit. Landtagskollege Emden, ehemaliger Richter zuletzt am Amtsgericht Delmenhorst, sah sich in einer partei-internen Rundmail unbelasteten Vorwürfen über Faulheit, Ahnungslosigkeit bis hin zu krummen Immobiliendeals in Bremen ausgesetzt.

Auch AfD-Bundeschef Tino Chrupalla hatte zu Beginn die Geschlossenheit der Partei angemahnt. „Glaubt mir, eine zerstrittene Partei wählt niemand. Hört auf mit dem Lagerdenken.“ Dabei machte der Gastredner keinen Hehl daraus, dass er von dem Rauswurf des Rechtsaußen Andreas Kalbitz nicht viel hält. „Ja, auch die Patrioten gehören zu unserer Partei“, rief Chrupalla den knapp 600 Mitgliedern zu. „Schluss mit der Ausschleiferitis, Schluss mit der Anpasseritis.“ Stürmischer Applaus und „Tino, Tino“-Sprechchöre waren der Dank. Und schon ein erster Hinweis auf Kestners späteren Erfolg, zumal Chrupalla die angelegte Ausladung von Bundestagsfraktionschef Alexander Gauland durch Guth gegebelt hatte.

Auch die nachfolgenden Debatten waren geprägt von Sticheleien gegen den bisherigen Landesvorstand. In der von Gegröle und Buhrufen gegen Guth geprägten Aussprache gerieten die Lager heftig aneinander; es ging um missachtete Einladungen und angeblich unsaubere Finanzen. Ex-Parteichef und Kestner-Kumpel Armin-Paul Hampel, der im Frühjahr 2018 nach heftigem Streit von Guth abgelöst wurde, ärgerte das Team seiner Nachfolgerin mit diversen Geschäftsordnungsanträgen. Die Entlastung des amtierenden Vorstands klappte schließlich nur, weil der Parteitag dem Kompromissvorschlag folgte, gleichzeitig auch die immer noch offenen Rechnungen mit der früheren Hampel-Führungsspitze zu begleichen.

Guths Versuch, mit einer kurz vor dem Parteitag eingereichten Klage gegen die vom niedersächsischen Verfassungsschutz eingeleitete Beobachtung noch die Anhänger des Flügels für sich zu gewinnen, hatte da längst keine Chance mehr. Auch ihre Attacken auf die draußen agierenden Gegendemonstranten, die sie als „Antifa-Zeckenplage bezeichnete, nutzen ihr nichts mehr. Der Parteitag hatte wegen der Proteste mit zweistündiger Verspätung begonnen. Die Polizei hatte die schmucklose Halle, die sonst für Konzerte, Abi-Bälle, indische Hochzeiten und in den Corona-Monaten als Klausorraum der Technischen Uni Braunschweig genutzt wurde, weiträumig abgeriegelt. Vermummte Protestierer blockierten die engen Zufahrtstraßen; es kam zu Rangeleien mit AfD-Leuten und Beamten. Die Polizei setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein; außerdem kamen Hunde und eine Reiterstaffel zum Einsatz. Die Grüne Jugend sprach daraufhin von „vollkommen unverhältnismäßiger Polizeigewalt“.



Siegerpose: Jens Kestner nach seiner Wahl beim Landesparteitag der Partei Alternative für Deutschland (AfD) Niedersachsen. | FOTO: PÖRTNER/DPA

Mahnmal-Streit vor Gericht

Holocaust-Überlebender will, dass ein Wehrmächts-Gedenkstein in Lüneburg verhüllt wird

VON SIGRUN STOCK

Lüneburg. Ein Holocaust-Überlebender und zwei weitere Menschen jüdischen Glaubens klagen in Lüneburg darauf, dass die Stadt ein Denkmal zu Ehren der deutschen Wehrmacht verhüllt. Der Gedenkstein für die 110. Infanterie-Division der Wehrmacht war 1960 errichtet worden, eine Debatte über das Mahnmal gibt es seit Längerem. Am kommenden Mittwoch muss sich nun das Verwaltungsgericht in Lüneburg mit Klagen von drei Menschen beschäftigen, die sich von dem Denkmal in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt sehen. „Die Kläger wollen eine Klarstellung, dass die Division an Verbrechen beteiligt war“, sagte Gerichtssprecherin Ines Meyer-Albrecht.

Einer der Kläger, ein in Budapest lebender Holocaust-Überlebender, habe in Lüneburg 2015 den Prozess gegen den NS-Mann Oskar Gröning als Nebenkläger verfolgt. Bei diesem Besuch sei er auf den Gedenkstein aufmerksam geworden und habe das Verfahren ins Rollen gebracht. Zu den weiteren Klägern gehörten ein Mann aus London und eine Frau aus Laatzen bei Hannover, sagte die Gerichtssprecherin.

Derzeit ist der 1960 aufgestellte Gedenkstein beschriftet und wirkt relativ verwahrlost. Die Stadt ließ bereits eine erläuternde Tafel daneben aufstellen. Die Tafel weist darauf hin, dass ein Veteranenverband das Denkmal errichtete, das an die 110. Infanterie-Division erinnert. Diese Einheit sei 1940/41 im Raum Lüneburg für den Überfall auf die Sowjetunion aufgestellt worden, der als Angriffs- und Vernichtungskrieg geführt wurde. „Erinnerungskultur ist zeit- und kontextgebunden“, steht auf der Tafel. 1960 habe die Stadt Lüneburg versprochen, das Denkmal zu bewahren und zu pflegen.

Und bei den Erläuterungen heißt es weiter: „Der Gedenkstein ist ein Dokument für den unreflektierten Umgang mit der NS-Vergangenheit, der in den 1960er Jahren noch in vielen Städten und Einrichtungen präsent war. Heute ist er umstritten und ein Stein des Anstoßes – schmerzhaft in seiner Aussage, verletzend für die Nachfahren der Opfer, unverständlich für die nachfolgenden Generationen.“

Nach Angaben einer Stadtsprecherin wurde der Gedenkstein zuletzt immer wieder beschädigt. „Wir betrachten den Stein mit

seinen Beschädigungen auch als öffentliches Symbol der unterschiedlichen Denkweisen in der erinnerungskulturellen Diskussion“, sagte sie.



Der Stein des Anstoßes: 1960 war das Mahnmal errichtet worden. FOTO: SCHULZE/DPA

Rüsselmalerei bringt Zoo 2000 Euro ein

Werke von Elefantenkuh verkauft

Osnabrück. Kunstwerke der malenden Elefantenkuh Sita aus dem Osnabrücker Zoo haben bisher knapp 2000 Euro eingebracht. Zehn der Bilder, für die die Dickhäuterin mit ihrem Rüssel bunte Farbkleckse aus lebensmittellechten Fingerfarben auf eine Leinwand spritzt, wurden nach Angaben des Zoos seit März verkauft. Der Erlös kommt der Tierhaltung dort zugute sowie einem Elefanten-Schutzprogramm in Thailand. Sitas Schaffen teilt sich in mal mehr und mal weniger produktive Phasen, wie der wissenschaftliche Kurator des Zoos Osnabrück, Andreas Wulf-tange, erklärte. „Sie muss Spaß haben. Das geht nicht jeden Tag.“ Entstanden war die Idee laut Wulf-tange beim Training: Bei einer der Übungen für Tierarztbesuche oder die Fußpflege wird Sita Wasser in den Rüssel gefüllt, das sie wieder ausblasen muss. Weil es im Zoo schon seit Jahren den malenden Orang-Utan Buschi gibt, sei Wulf-tange die Idee gekommen, auch Sita malen zu lassen. 14 Rüssel-Werke hat der Zoo aktuell noch auf Lager. Je nach Größe kosten sie zwischen 149 und 199 Euro. **DPA**